

IG Metall will noch einmal draufsatteln

Gewerkschaftschef Huber rechnet mit Forderung von mehr als 6,5 Prozent

Seit November 2007 ist Berthold Huber Vorsitzender der IG Metall. Im Herbst dieses Jahres steht ihm die erste große Tarifrunde in der Metall- und Elektrobranche bevor. Es ist das Ende eines "Megatarifjahres", wie der Gewerkschaftschef es selbst nennt.

FRANKFURT. Vordenker, Intellektueller, Modernisierer: Das sind Attribute, mit denen die Medien den im November gewählten IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber charakterisieren. Beim Interview mit unserer Zeitung fallen viele Unterschiede zu Hubers wortgewaltigem und mitunter scharfzüngigem Vorgänger Jürgen Peters auf: Huber gibt sich pragmatisch, reformoffen, bisweilen im Ton sogar beschwörend, in der Sache aber hart und konsequent. Das Interview im Wortlaut:

Ein Bündnis zwischen SPD und Linken wird derzeit heftig diskutiert. Wie ist die Haltung der IG Metall dazu?

Wir leben in einer Fünf-Parteien-Landschaft. Die traditionellen vier Parteien können die Linke auf Dauer nicht ignorieren. Man kann nicht vor der Tatsache weglaufen, dass die Linke laut Umfragen in den neuen Bundesländern die stärkste Partei ist.

Bekommt die SPD im Bundestagswahlkampf die Unterstützung der IG Metall?

Es wird keine Unterstützung für eine Partei geben. Wir werden mit allen sprechen und die Themen benennen, auf die es uns ankommt, vor allem die Gerechtigkeitsfrage. Wir haben nicht vergessen, dass unsere Wurzeln in der Sozialdemokratie liegen. Aber wir haben uns auch emanzipiert. Das Verhältnis zur SPD hat sich wegen der Hartz-Gesetze abgekühlt.

Sie haben von einem "Megatarifjahr" gesprochen. Ist es ein Nachteil, dass Sie Ihren Hut für die Metall- und Elektrobranche erst im Herbst in den Ring werfen können?

Wir haben ja bereits mit unserer Tarifarbeit begonnen. Für die Stahlbranche haben wir das beste Ergebnis seit 15 Jahren erzielt. Sehr zugespitzt ist die Situation im Kfz-Handwerk mit bundesweit 470 000 Beschäftigten in weit über 10

000 Firmen. Die Arbeitgeber wollen den Flächentarifvertrag infrage stellen. Überall, auch in Rheinland/Rheinhesen, haben wir es mit Arbeitgebern zu tun, die die Tarifbindung aufgekündigt haben. Deshalb erwarte ich eine heftige Auseinandersetzung, weil die Arbeitgeber nur noch Verträge auf Betriebsebene wollen. In Hessen ist es uns allerdings gelungen, den bundesweit ersten Abschluss für das Kfz-Gewerbe zu erzielen.

Was ist mit der Metall- und Elektroindustrie? Werden Sie sich bei Ihrer Forderung an den Abschlüssen der anderen Branchen orientieren?

Wir werden unsere Forderung Anfang September beschließen. Dabei werden wir uns an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung und Inflationsrate orientieren, die laut Prognosen noch einmal steigen wird. Außerdem wird die Verteilungsgerechtigkeit eine Rolle spielen. Wir beobachten mit Zorn, wie willkürlich einige Managergehälter in die Höhe getrieben worden sind und wie sehr auf die Aktienkurse gestarrt wird. Gleichzeitig wird versucht, die Arbeitnehmer an der kurzen Leine zu halten. Es ist Zeit, dass sie ein größeres Stück vom Kuchen erhalten.

Wenn Sie morgen eine Forderung stellen müssten, wo würde diese liegen?

Sie würde möglicherweise höher liegen als die Forderung des vergangenen Jahres, die 6,5 Prozent betrug. Voraussetzung ist aber, dass die wirtschaftliche Situation weiter so stabil bleibt wie jetzt und ein Ende des Aufschwungs nicht in Sicht ist.

Sie haben angekündigt, neue Mitglieder zu gewinnen. Wie fällt Ihre bisherige Bilanz aus?

Es gibt bereits Erfolge. Wir haben vergangenes Jahr 104 000 neue, betriebsangehörige Mitglieder gewonnen. Die IG Metall braucht jährlich etwa 120 000

neue Mitglieder, um Aus- und Übertritte kompensieren zu können und so eine ausgeglichene Bilanz zu behalten. Probleme bereitet uns die geänderte Struktur in den Betrieben. Es gibt eine Zunahme der technischen Intelligenz, also der Ingenieure und Angestellten.

Wie wollen Sie diese Beschäftigten für sich gewinnen?

Wir müssen ihnen differenzierte Angebote machen. Der Arbeitsalltag dieser Beschäftigten ist von Termin- und Projektarbeit mit Zehn-Stunden-Tagen geprägt. Aber wenn sie ein Projekt abgearbeitet haben, brauchen sie auch Zeit zum Durchatmen. Das kann man über Arbeitszeitkonten regeln. Es gibt aber viele Betriebe, in denen diese Konten überschwappen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Beschäftigten sich aus Konten nach ihren Bedürfnissen bedienen können.

Sehen Sie die Gefahr, dass diese Beschäftigten ähnlich wie die Lokführer in Spartengewerkschaften abwandern?

Die IG Metall lehnt eine Aufkündigung des Solidarprinzips strikt ab, wie es bei der GDL der Fall ist. Das ist ein gewerkschaftlicher Irrweg, weil dann jeder Berufsstand seinen eigenen Tarifvertrag abschließt. Dann droht uns die permanente Streikauseinandersetzung.

Sie haben eine Kampagne gegen die Zeitarbeit gestartet. Studien belegen, dass Leiharbeit Stammarbeitsplätze nicht gefährdet. Zu hohe Arbeitskosten aber sehr wohl.

Ich kenne viele Betriebe, in denen Menschen aus festen Arbeitsverhältnissen herausgedrängt wurden und sich wenig später auf dem gleichen Arbeitsplatz als Zeitarbeiter mit 30 bis 40 Prozent weniger Lohn wiedergefunden haben. Ende 2007 hatten wir 796 000 Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse in Deutschland. Das sind fast doppelt so viele wie im Jahr 2005. Die Branche selbst spricht

von einer Perspektive von zwei Millionen Arbeitsplätzen im Jahr 2010. Da kann man nicht mehr davon sprechen, dass keine normalen Arbeitsplätze verdrängt werden. Was die Kostenfrage angeht, so konstatiere ich, dass Deutschland 2007 Exportweltmeister war. Und

ich stelle umgekehrt die Frage, ob jemand, der Exportweltmeister ist, ein Kostenproblem haben kann.

M Das Interview führte
Christian Kunst